

Recht kompakt | Guinea | Einreise- und Aufenthaltsrecht

Einreise und Aufenthaltsbestimmungen in Guinea

Deutsche benötigen für die Einreise nach Guinea ein Visum, das bei der guineischen Botschaft oder online beantragt werden kann.

11.11.2020

Von Katrin Grünewald | Bonn

Online kann ein Visum auf der Webseite der [Direction Centrale de la Police aux Frontières](#) beantragt werden. Es gibt verschiedene Arten von Visa. Das *Visa à entrée unique* (VCS) hat eine Gültigkeit von 90 Tagen und erlaubt die einmalige Einreise nach Guinea. Das *Visa à long terme* (VLS) gilt für einen Zeitraum von einem Jahr und ist für Aufenthalte vorgesehen, die den 90-Tage-Zeitraum des VCS überschreiten. Das *Visa à entrée multiples* (VESRM) erlaubt eine mehrmalige Einreise nach Guinea. Die Kosten liegen bei ungefähr 60 bis 90 Euro.

Aufgrund der Coronapandemie können die üblichen Visabestimmungen abweichen. Insbesondere können ein verpflichtender Covid19-Test, Quarantäneregulungen oder ein Einreiseverbot gelten. Es kann darüber hinaus nicht ausgeschlossen werden, dass die Einreisebestimmungen kurzfristig geändert werden oder die Einreise beschränkt wird. Aktuelle Informationen zur Einreise nach Guinea sind auf der [Webseite des Auswärtigen Amtes](#) erhältlich. Dort befinden sich auch die derzeit geltenden Reise- und Sicherheitshinweise.

Weitere Informationen sind ferner auf der Webseite der guineischen [Direction Centrale de la Police aux Frontières](#) (DCPAF) sowie auf der Webseite der [Botschaft der Republik Guinea in Berlin](#) abrufbar.

Dieser Beitrag gehört zu:
[Recht kompakt Guinea](#)

Mehr zu:

Guinea
Aufenthaltsrecht, Einreise- und Ausreisebestimmungen
Recht

Kontakt

Katrin Grünewald

Rechtsexpertin

 +49 228 24 993 431

 [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

EINREISE UND AUFENTHALTSBESTIMMUNGEN IN GUINEA

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.